



Tipps für den islamkritischen Fernsehabend



Nach dem aufregenden Abstimmungstag bietet Ihnen auch das Fernsehen heute Abend ein paar möglicherweise interessante Leckerbissen: Um 22.30 Uhr wird in der Phoenix-Sendung „Tacheles“ [diskutiert über Religion und Meinungsfreiheit](#) (Foto), um 22.45 Uhr bringt RTL eine parallel dazu laufende Reportage über [mutige Frauen in Afghanistan](#) und um 23.55 Uhr sehen Sie wiederum auf RTL einen [Bericht über Gewalt](#) im Namen der islamischen Ehre.

☒ **Phoenix 22.30 Uhr: Tacheles. Religion und Meinungsfreiheit: Schluss mit lustig?** Beim Talk am roten Tisch in der hannoverschen Marktkirche diskutieren Landesbischöfin Dr. Margot Käßmann (Foto l.), Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Ali Kizilkaya, Vorsitzender des Islamrats, Prof. Bascha Mika, ehemals Chefredakteurin der Tageszeitung taz, die Bundesvorsitzende der Grünen, Claudia Roth und der Kabarettist Kerim Pamuk.

RTL 22.45 Uhr: Frauen in Angst. Die mutigen Frauen von Afghanistan

Antonia Rados trifft in Afghanistan Opfer der radikalen Taliban, die sich trotz westlichen Militärs behaupten. In rund 70 Prozent des Landes sind die Taliban trotz ausländischer Soldaten präsent, setzen ihre radikal islamische Weltsicht durch. Jede berufstätige und aktive Frau muss fürchten, ermordet zu werden, denn die „Gotteskrieger“ erlauben ihnen weder zu arbeiten noch sich zu bilden. Den Trailer zur Sendung [sehen Sie hier](#).

RTL 23.55: Ich will nur mein Leben leben. Gewalt im Namen der Ehre

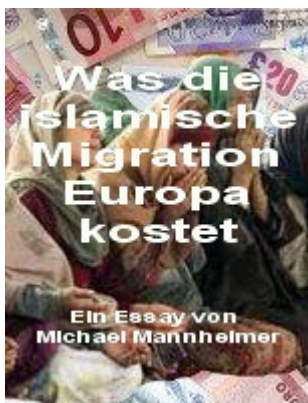
Alleine im Jahr 2008 starben zwischen 12 und 18 Frauen im Namen der Ehre. Eine offizielle Polizeistatistik gibt es dazu nicht. In traditionellen muslimischen Familien ist die Frau die Ehre der Familie. Wenn sie außereheliche Beziehungen zu Männern unterhält, einen von den Eltern ausgesuchten Ehemann ablehnt oder sich scheiden lässt, verletzt sie die Ehre der ganzen Familie. Manche Familien schrecken dann nicht einmal vor Mord zurück, um ihre Ehre wieder herzustellen. Hakima kommt aus einer solchen Familie. Seit sie sich weigerte eine arrangierte Ehe einzugehen, ist sie auf der Flucht vor ihren Verwandten. Aus ihrem alten Leben sind ihr nur die wichtigsten Dokumente wie Zeugnisse und Personalausweis geblieben. Alles andere musste sie zurück lassen für ein Leben in Freiheit, aber auch in Einsamkeit und Angst. Bei Gewalt im Namen der Ehre sind nicht nur die Frauen Opfer. Die Männer suchen sich die Rolle des Aufpassers nicht aus, sondern werden hinein erzogen oder hinein gedrängt. Im schlimmsten Fall müssen sie die Familienehre mit Gewalt verteidigen. Damit zerstören sie meist auch ihr eigenes Leben. Meine Schwester ist nicht meine Ehre, sagen die Jugendlichen von Heroes. Heroes ist ein Projekt in Berlin-Neukölln, in dem Jugendliche mit vorwiegend türkischem oder arabischem Migrationshintergrund zu Rollenvorbildern

ausgebildet werden. Ursprünglich stammt das Konzept aus Schweden und ist bisher einmalig in Deutschland. In Schulen oder Vereinen diskutieren die Heroes mit Gleichaltrigen über Ehre und Gleichberechtigung.

Wir dürfen gespannt sein...



Sozialkosten für Migration in Europa – Schweden



“Was die islamische Migration Europa kostet – Eine Abrechnung mit einem Mythos” heißt ein neues Essay von [Michael Mannheimer](#), das wir unseren Lesern in ca. 15 Teilen anbieten und danach als Komplettversion zum Download auf PI zur Verfügung stellen. Dabei handelt es sich um die wohl bislang umfangreichste journalistische Aufarbeitung zum Thema Kosten islamischer Migration.

Teil 3: Beispiel Schweden

Fast 18 Prozent des jährlichen Steueraufkommens für Migrationskosten

Sozialkosten muslimischer Immigranten

Schwedische Schätzungen gehen davon aus, dass die Einwanderung das Land jedes Jahr mindestens 40 bis 50 Milliarden Schwedische Kronen [ca. 4,3 bis 5,3 Milliarden Euro] kostet, vermutlich jedoch mehrere hundert Milliarden, und dass sie massiv dazu beigetragen hat, den einst weltweit gerühmten schwedischen Sozialstaat an den Rand des Bankrotts zu bringen. Die für 2004 geschätzten Einwanderungskosten in Höhe von 225 Milliarden Kronen [24 Milliarden Euro], was keine unwahrscheinliche Schätzung ist, würden 17,5 Prozent des schwedischen Steueraufkommens desselben Jahres ausmachen, eine schwere Bürde in einem Land, das bereits eine der höchsten Steuerraten der Welt hat. Doch obwohl auch in Schweden gilt, dass die Kosten der Immigration deren Nutzen um ein Vielfaches übersteigen, fordert der sozialdemokratische Finanzminister Pär Nuder weiterhin unverdrossen:

„Schweden braucht mehr Einwanderer“ (Fjordman [„Was kostet die islamische Einwanderung Europa?“](#), 23.06.2006)

angeblich, so Nuder, um das schwedische Sozialsystem zu sichern. Er verschweigt bei seiner Forderung jedoch, dass jenes einstmals vorbildliche schwedische Sozialsystem genau von denjenigen Massen der (überwiegend muslimischen) Immigranten an den Rand des Ruins gefahren wurde, die schwedische Politiker als Rettung des schwedischen Sozialstaatsystems anpreisen.

Muslimische Integrationsverweigerung

Doch für einen gewissen Teil ist auch das großzügige schwedische Sozialstaatmodell für die Probleme mit seinen Migranten selbst verantwortlich. Mit seinen hohen Geldzuweisungen für Arbeitslose und sonstige

Sozialleistungsempfänger wird ein nur geringer Anreiz geboten, sich real um Arbeit zu kümmern. So berichtet der Iraner Nima Sanandaji von seinen erstaunlichen Erfahrungen beim Zusammentreffen seiner Familie mit dem schwedischen Wohlfahrts-System:

„In Schweden fand meine Familie ein politisches System vor, das ihr sehr befremdlich vorkam. Die Übersetzerin sagte uns, dass Schweden ein Land ist, in dem man, wenn man nicht arbeitet, jeden Monat einen Scheck von der Regierung in seinem Briefkasten vorfindet. Sie erklärte, dass kein Grund bestünde, einen Arbeitsplatz zu finden. (...) Obwohl meine Mutter mehrmals Arbeit hatte, fanden wir heraus, dass sich dadurch unser Familieneinkommen nicht verbesserte. Während der 16 Jahre, die wir jetzt in Schweden sind, hat meine Mutter insgesamt weniger als ein Jahr lang gearbeitet.“ (Nima Sanandaji: [„An Immigrant’s Tale“](#), in: TSCDAILY, 14.06.2005)

Das soll jedoch die vorherrschende Mentalität vieler Muslime nicht entlasten, sich von Beginn auf die monatlichen Schecks des Sozialsystems allein zu verlassen und sich so um ein ganzes Arbeitsleben zu mogeln. So liegen auch in Schweden Berichte von Imamen vor, die ihre Muslime explizit darauf hinweisen, dass der schwedische Sozialstaat genügend Geld zur Verfügung stellt auch ohne Arbeit – und dass es besser sei, viele Kinder zu zeugen, da allein durch das entsprechend hohe Kindergeld eine Sozialzuwendung entstünde, die ein normaler ungebildeter Muslim in Schweden durch ehrliche Arbeit niemals erzielen könne. Der erwünschte Hauptnebeneffekt tritt quasi en passant ein: irgendwann seien die Muslime derart zahlreich, dass Schweden friedlich übernommen werden könne. Wie die übrigen Länder Europas auch bezahlt Schweden mit seinen Steuergeldern an die muslimischen Migrantinnen quasi seine eigene Kolonisation durch den Islam.

Parallelgesellschaften

Über 20 Stockholmer Vorstädte haben heute bereits einen Migrantenteil von fast 70 Prozent. Wissenschaftler gehen davon aus, dass in fünf bis spätestens zehn Jahren die Migrantenquote in jenen Vororten bei annähernd 100 Prozent liegen wird.

Die Stadt Södertälje liegt etwa 40 Kilometer südöstlich von Stockholm und hat 82.000 Einwohner. In Schweden kennt man sie besser unter dem Begriff „Klein-Bagdad“. Södertälje sollte einmal eine Musterstadt für gelungene Integration in Schweden werden. Doch das Gegenteil ist eingetreten. Inzwischen sind bereits über 40 Prozent der Einwohner Södertäljes Migranten – in der Mehrzahl muslimischen Glaubens. Und jede Woche kommen durchschnittlich 30 neue Großfamilien aus dem Bürgerkriegsland Irak hinzu. Je mehr Iraker kommen, desto mehr Schweden ziehen aus Södertälje weg. Anders Lago ist Bürgermeister in Södertälje und verzweifelt über die Flut der neuen Mitbürger. Doch aufhalten kann auch er sie nicht. In Schweden, in Skandinavien und im Rest Europas wiederholen sich die Bilder: In den Städten werden ganze einheimische Bevölkerungen durch „nicht-westliche“ Bevölkerungen ausgetauscht. Wo dies gegen den Willen der eigenen Bevölkerung dient, und insbesondere wo sich die eingetauschten Bevölkerungen kollektiv weigern, sich den Sitten und Gesetzen ihres Gastlandes anzupassen: da kann man nicht weiter von Immigration, sondern muss man von systematischer Kolonisation sprechen.

Massenvergewaltigungen und sonstige Schwerstkriminalität

Zur gleichen Zeit gab es in Schweden im Zuge einer nie dagewesenen Einwanderungswelle einen geradezu explosiven Anstieg jeglicher Form von Gewalt (*Fjordman: [“Steep Rise in Crime”](#), 08.09.2005*). Politisch korrekt wird jener Umstand in Schweden sowohl durch die Politik (Politiker würden nie im Traum eine kausale Verbindung zwischen Einwanderung und Kriminalität herstellen) als auch seitens der Medien totgeschwiegen. In einem der seltenen Fälle von

wahrheitsgemäßer Berichterstattung enthüllte das sozialdemokratische (sic!) Boulevardmagazin *Aftonbladet*, dass neun von zehn der kriminellsten ethnischen Gruppierungen Muslime sind – ein Trend, der sich in den anderen europäischen Metropolen nahezu identisch wiederfindet. (Beispiel Frankreich: dort machen die Muslime „nur“ zehn Prozent der Bevölkerung aus, stellen aber 70 (!) Prozent aller französischen Gefängnis-Insassen).

So hat sich die Zahl der Vergewaltigungen in Schweden in nur wenig mehr als 20 Jahren vervierfacht ([„Immigrant Rape Wave in Sweden“](#), 12.12.2005), wobei Vergewaltigung von Kindern unter 15 Jahren (vor der Immigration ein nahezu unbekanntes Phänomen in Schweden) heute sechs Mal so häufig wie vor nur einer Generation vorkommen. In Schweden ansässige Ausländer aus Algerien, Libyen, Marokko und Tunesien dominieren die Gruppe der Verdächtigen. Die Rechtsanwältin Christine Hjelm, die Vergewaltigungsfälle an einem Gericht erforscht hat, fand heraus, dass 85 Prozent der verurteilten Vergewaltiger entweder im Ausland oder von ausländischen Eltern geboren worden waren (Hanne Kjöllner: [„En riktig våldtäktsman“](#), in: *OPINION*, 04.11.2005). Das norwegische Blatt *Aftenposten* zog jetzt mit neuesten Erkenntnissen zu diesem Thema nach. Demnach sind **alle** Vergewaltiger, die in den letzten drei Jahren für Vergewaltigungen angezeigt wurden, Einwanderer mit „nicht-westlichem Hintergrund“ (KRISTJAN MOLSTAD: [„Innvandrere bak alle anmeldte overfallsvoldteker i Oslo“](#), 16.04.2004) – was auch in Schweden die politisch korrekte Umschreibung für muslimische Immigranten ist. In diesem Bericht wird Hanne Kristin Rohde, Chefin der Osloer Polizeisektion für Gewalt und Sittlichkeitsverbrechen, folgendermaßen zitiert:

„Zahlen der Osloer Polizeisektion für Gewalt- und Sittlichkeitsverbrechen zeigen, dass alle 41 angezeigten Überfallvergewaltigungen von 2006-2008 von nicht-westlichen Tätern begangen wurden... Die Täter sind relativ junge Männer, die aus anderen Ländern kommen. Sie sind häufig Asylbewerber

und kommen oft aus traumatisierten Ländern oder Ländern mit einem ganz anderen Frauenbild, als wir in Norwegen haben. Es sind Männer mit kurdischem oder oder afrikanischem Hintergrund, die die Statistik dominieren, und die Polizei meint, dass mehr vorbeugende Arbeit bei Männern mit Migrationshintergrund nötig ist.“ (ebd.)

Das Opfer



Eines der seltenen Photo-Beweise eines Vergewaltigungsopfers in Schweden. So sah die Schwedin Jenny aus, nachdem sie von Spaziergängern in einem Waldstück gefunden wurde. Sie wurde von vier Muslimen mehrfach vergewaltigt und so oft geschlagen, bis sie bewusstlos liegenblieb. Das Photo wurde unmittelbar nach ihrem Eintreffen im Krankenhaus Göteborgs aufgenommen ([Quelle: Fjordman: „Muslim Rape Wave in Sweden“](#), In: FRONTPAGEMAG, December 15, 2005).

Die Täter



Auf dem Foto links sind die vier Vergewaltiger der Schwedin, die von der Presse als „zwei Männer aus Schweden, einer aus Finnland und einer aus Somalia“ vorgestellt wurden und über die nur in einer kleinen Rubrik an hinterer Seite berichtet wurde. Zu Beginn des Prozesses zeigte

die Presse keine Fotos der vier Muslime, sondern – politisch korrekt – nur deren Silhouette (die jeweils linke Darstellung) und belog mit ihrer unfassbaren Berichterstattung ihre eigene Bevölkerung über den tatsächlichen Hintergrund der Tat und der Täter.

Massenvergewaltigung westlicher Mädchen und Frauen durch muslimische Immigranten und/oder deren Nachkommen sind mittlerweile längst zu einem Phänomen nicht nur in Schweden, sondern in weiten Teilen Nord- und Westeuropas, aber auch schon in Australien geworden. Wie immer wird auch dieses Phänomen von denen ignoriert und totgeschwiegen, die sie eingeschleppt haben: den linksorientierten Medien und linksgrünen Politikern. Mehr noch: die wenigen Mutigen, die es dennoch wagen sollten, auf solche Missstände aufmerksam zu machen, werden gnadenlos stigmatisiert und – wenn es sein muss – auch vor Gericht gezerrt. So erhielt der australische Journalist Paul Sheehan eine Anzeige wegen „Rassismus“ und „Anstiftung zum Rassenhass“. Sein Verbrechen: er hatte es gewagt, über Gruppenvergewaltigungen und die auch ansonsten hohe Kriminalitätsrate in den muslimischen Vierteln Sydneys zu berichten. Sogar einer seiner Kollegen, der Journalist David Marr, distanzierte sich von Sheehan und nannte dessen Reportage „schändlich“. Und der Vize-Präsident der australisch-libanesischen Moslemvereinigung bezeichnete es als „ziemlich unfair“, die ethnische Herkunft der Vergewaltiger zu veröffentlichen.

Aber auch die BBC nahm 2004 eine vorgesehene Dokumentation über den sexuellen Missbrauch weißer englischer Mädchen durch pakistanische und andere muslimische Männer aus dem Programm, nachdem die Polizei vor der Gefahr des Anwachsens ethnischer Spannungen gewarnt hatte. Der Sender, so ein Sprecher der BBC, sei sich seiner Verantwortung für die Gesellschaft bewusst (*Open speech: [„Vergewaltigungen durch Migranten. Vergewaltigungsepidemie in westlichen Ländern“](#)*).

Die Rolle des Islam bei den Massenvergewaltigungen

Bei den Massenvergewaltigungen handelt es sich dabei um ein ganz originäres Phänomen des Islam selbst: nämlich dessen Verachtung gegenüber der Frau im allgemeinen, und dessen Verachtung gegenüber „ungläubigen“ Frauen im speziellen. So ist die Vergewaltigung „ungläubiger“ Frauen eine der ältesten Varianten des islamischen Dschihads. Seit 1400 Jahren wird dieses Mittel systematisch dazu eingesetzt, nicht-muslimische Frauen zu schwängern, um sie dann mit Muslimen zwangszuverheiraten und somit zu islamisieren. Eine Praxis, die bis in die Gegenwart fort dauert in all denjenigen Ländern, in denen eine nennenswerte christliche Diaspora lebt: so etwa in Pakistan, Indien, Nigeria, Ägypten (vgl. hierzu: [Michael Mannheimer: „Weltweite Christenverfolgung durch den Islam“](#)).

Islamische Männer vergewaltigen nicht-muslimische Frauen aus ethnisch-religiösen Gründen und werden dazu explizit seitens ihrer Imame ermuntert, ja sogar aufgefordert. In Sydney etwa erklärte Sheik Faiz Mohammed während eines Vortrages seinen Zuhörern, dass Vergewaltigungsoffer niemand anderen anzuklagen hätten als nur sich selbst. Frauen in knapper Kleidung würden Männer zur Vergewaltigung geradezu einladen. Denn, so der Scheich, westliche Mädchen seien allesamt „Huren und Schlampen“. Ein anderer Islamagelehrter, der ägyptische Gelehrte Sheik Yusuf al-Qaradawi, verkündete 2004 in London, nicht die Vergewaltiger, sondern die Vergewaltigungsoffer müssten bestraft werden, sofern sie sich nicht angemessen gekleidet hätten. Denn, so der Sheik, wer ohne Kopftuch und islamisch korrekte Verhüllung herumlaufe, habe seine Vergewaltigung geradezu provoziert, wenn nicht gar gewollt. Auch in Kopenhagen ließ der islamische Mufti Shahid Mehdi verlauten, dass Mädchen, die kein Kopftuch trügen, um eine Vergewaltigung geradezu bitten würden.

Dementsprechend erklären viele Vergewaltiger vor Gericht, dass sie nicht glauben, mit ihrer Vergewaltigung überhaupt ein Verbrechen begangen zu haben. Schließlich habe sich ja jemand

um das Mädchen „gekümmert“, und außerdem würden westliche Mädchen es sowieso mit allen Männern treiben. Moslemische Mädchen dagegen wären rein und müssten ihre Jungfräulichkeit auf jeden Fall für ihren zukünftigen Mann bewahren, da sie sonst Schande über sich und die Familie bringen würden (und dafür mit Tod bezahlen müssen, wie er verschwieg). Die meisten moslemischen Jugendlichen gaben zu, ihre sexuellen Bedürfnisse mit westlichen Mädchen auszuleben, später aber auf jeden Fall eine „reine“ islamische Frau heiraten zu wollen.

„Many immigrant boys have Swedish girlfriends when they are teenagers. But when they get married, they get a proper woman from their own culture who has never been with a boy. That's what I am going to do. I don't have too much respect for Swedish girls. I guess you can say they get fucked to pieces.“ (Frontpage Magazine: [„Muslim Rape Wave in Sweden“](#), 15.12.2005)

Das sind nur einige der symptomatischen Auswüchse des geschichtlich beispiellosen Geschlechterapartheid-Systems namens Islam, jener archaisch-totalitären Männerherrschaft Ewiggestriger, die sich seit 1400 Jahren erfolgreich als Religion tarnt.

Die oben genannten kriminellen, gleichwohl religiös begründeten Auswüchse finden im Rahmen dieses Essays deswegen Erwähnung, weil die islamische Immigration nicht nur materielle, sondern weit mehr als das, ungeheure ideelle Schäden in der gewachsenen, sich auf christlichen und griechisch-römischen Werten gründenden europäischen Kultur und Gesellschaft hinterlässt. Die europäische Aufklärung, die zur Menschenrechtsdeklaration der UN geführt hat, in welcher Gleichheit des Individuums vor dem Gesetz, Gleichheit von Mann und Frau, Meinungs- und Versammlungsfreiheit u.v.m. zu unveräußerlichen Grundrechten eines jeden Menschen erkoren wurde, stellt die vermutlich größte soziale Errungenschaft der bisherigen menschlichen Zivilisation dar. Doch unter dem

moralisch fragwürdigen und rechtlich durch nichts gedeckten Hinweis auf eine sog. „Religionsfreiheit“ ist es den linksgrünen Werte-Relativisten (in Zusammenarbeit mit zahlreichen Politikern, Journalisten und sonstigen Intellektuellen des bürgerlichen Lagers) gelungen, diese Werte in einem Ausmaß zugunsten des Islam und dessen menschen- und frauenfeindlichen Gesetzen auszuhöhlen, wie es vor Jahrzehnten noch für unvorstellbar gehalten worden wäre. Eine jener Werte-Relativierer ist die Osloer Anthropologie-Professorin Unni Wikan. Angesichts der Vergewaltigungswelle durch Muslime in Norwegen rät sie ihren Geschlechtsgenossinnen allen Ernstes, doch bitteschön die Tatsache zur Kenntnis zu nehmen, dass deren freizügige Art, sich zu bekleiden, von den muslimischen Männern nun mal als provokativ und direkte Aufforderung zum Sex aufgefasst würden. Wikan ist nur eines von zahllosen Beispielen, wie fehlgeleitete akademische Wirrköpfe den Islam bei der Kolonisierung Europas aktiv unterstützen.

» Demnächst Teil 4: Dänemark

Bisher erschienen:

» Teil 1: [Einleitung](#)

» Teil 2: [Die Fakten am Beispiel Norwegen](#)

Essstörungen bei Migranten: Wir sind schuld



Migrantenkinder leiden doppelt so oft an Essstörungen wie einheimische Jugendliche (komisch, wie man herausbekommt, was bei Erstellung der Kriminalstatistik unmöglich ist). Schuld sind natürlich wir: „Als möglicher Grund hierfür kann eine Überidentifikation mit westlichen Normen und Werten sowie Anpassungsstress vermutet werden.“

Ja, Anpassungsstress und „Überidentifikation mit westlichen Normen und Werten“ scheinen uns auch das Problem des Jahres zu sein. Vor lauter Anpassung [werden die Migranten ganz krank](#):

Grundlage sei eine bundesweite Studie des Robert-Koch-Instituts an der sich 17.641 Kinder und Jugendliche beteiligt hatten. Für die Kinder ausländischer Eltern gestalte sich demnach der Alltag oft schwieriger. Sie sind stärker geprägt von traditionellen Familienmustern wollen aber auch modern leben.

„In Migrantenfamilien herrschen andere Rollenmuster. Gleichzeitig wollen sich junge Migranten unseren Wertvorstellungen anpassen. Sie sitzen zwischen zwei Stühlen“, sagte die Therapeutin für Essstörungen.

Häufig würden sie sich unter Druck setzen, um mit ihren Altersgenossen mitzuhalten. Klappes dies nicht, fingen sie an zu hungern, betonte Beyer am Rande der Fachtagung „Essstörungen – zu dick oder zu dünn“ am Samstag in Hannover.

Da sieht mans mal: Migranten wollen sein wie wir! Die Essstörungen, die der Ramadan hervorruft, zählen natürlich nicht.

(Spürnase: Volker L.)

CDU-Austrittserklärung von René Stadtkewitz



Der Austritt von René Stadtkewitz aus der CDU kam für viele überraschend – und zumindest der [Zeitpunkt der Bekanntgabe in den Medien](#) war von Stadtkewitz auch nicht so beabsichtigt. Er sandte die Erklärung zunächst nur an seine Kollegen in der Fraktion und an den Vorsitzenden Frank Henkel. Anscheinend hatte irgendjemand wohl Angst, er könnte es sich noch einmal überlegen und wollte deshalb schnell Fakten schaffen.

Hier die Austrittserklärung im Wortlaut:

Berlin, 30. Oktober 2009

Lieber Kollege Henkel, lieber Frank, wie auch Dir nicht verborgen blieb, startete die ehemalige Ausländerbeauftragte, Barbara John, eine heftige Kampagne gegen unsere Veranstaltung am 4. November 2009 im Berliner Abgeordnetenhaus.

Kurz nachdem öffentlich bekannt wurde, dass diese Veranstaltung stattfinden wird, bemühte sich Frau John beim

Präsidenten mit fadenscheinigen Argumenten um ein „Verbot“. Fadenscheinig deshalb, weil es absolut üblich und schon tausendfach geschehen ist, dass auch Organisationen, Vereine, Einzelpersonen, Zeitungen, Radio, Fernsehen oder wer auch immer auf Veranstaltungen hinweisen, sie auch mit eigenen Beiträgen bewerben oder Freunde und Bekannte ermuntern, ein solches Angebot anzunehmen und dies, ohne dass sie selbst Veranstalter sind. Daran kann es nicht gelegen haben. Nach ihrer erfolglosen Intervention beim Präsidenten bemühte sie verschiedene Journalisten mehrerer Berliner Tageszeitungen. So unterstellte sie einen Konflikt innerhalb der Berliner CDU, der dann auch dankend aufgegriffen wurde.

Ihre Motive scheinen klar, ist doch Frau John aufgrund ihrer mehr als 20-jährigen Tätigkeit als Ausländerbeauftragte höchst mitverantwortlich für die Situation in Berlin. Viel zu groß war die Gefahr, dass eine solche Veranstaltung zugleich entlarvt, mit welcher Naivität und mangelnder Weitsicht Frau John ihr Amt ausgeführt hat. Dies dürfte ihr größeres Problem gewesen sein.

Ich denke aber, dass es notwendig ist, dass gerade die Berliner CDU – ohne Furcht vor der Aufdeckung eigener Fehler der Vergangenheit – Integrationsprobleme deutlich benennen, ihr politisches Handeln der aktuellen Lage anpassen und gleichzeitig den Berliner Senat zum Umsteuern treiben muss.

Das Wegsehen, Abducken und Schönreden können wir uns nicht mehr leisten!

Viel zu deutlich begegnen uns die Probleme in den Brennpunktgebieten, die ständig weiter gewachsen sind. In diesen Gebieten, die von einem unterdurchschnittlichen Bildungsniveau, von einer enorm hohen Arbeitslosigkeit und einer überdurchschnittlichen Gewaltstatistik geprägt sind, haben viel zu oft teils rechtslose türkisch- und arabischstämmige Großfamilien das Sagen, werden längst tägliche Belange nach dem Scharia-Recht entschieden, möchte

aus verständlichen Gründen kaum jemand Lehrer, Polizist oder Richter sein. Der staatliche Einfluss begrenzt sich auf das Transferieren von finanziellen Leistungen, die uns für die notwendige Entwicklung unserer Stadt in anderen Bereichen dringend fehlen. Der Integrationserfolg bleibt jedoch aus. Isolation, Zwangsheirat, Perspektivlosigkeit und die Unfähigkeit selbst in der dritten und vierten Generation die deutsche Sprache wenigstens akzentfrei sprechen zu können, kennzeichnen diese Gebiete bis heute und werden sie – ohne ein Umsteuern der Politik – auch noch in Jahren kennzeichnen. In diesen Gebieten hat sich schlichtweg eine andere Gesellschaftsordnung herausgebildet. Hier lebt man nach dem islamischen Recht. Kinder und Jugendliche geraten unweigerlich in eine höchst gefährliche Konfliktsituation zwischen zwei Weltanschauungen, zwischen zwei Gesellschaftsmodellen.

Wenn selbst der Vorsitzende des Zentralrates der Muslime in Deutschland feststellt: „Die Glaubensgrundsätze (des Islam) und das islamische Recht (Scharia) zeigen den quasitotalen Anspruch der Religion auf Mensch und Gesellschaft.“ (aus: Ayyub Axel Köhler „Islam-Leitbilder“, S. 28) oder im selben Text weiter: „Das islamische Gesellschaftssystem wird damit aber keineswegs zu einer Demokratie. Diese Staatsform ist dem Islam fremd.“ (S. 33), wenn wichtige Quellen über den Islam dies klar belegen, dann muss ein gesellschaftlicher Konsens darüber bestehen, dass es nötig und geboten ist, über den Zusammenhang zwischen Integrationsdefiziten und Islam zu diskutieren.

Genau dieser Frage wollten wir mit dieser Diskussionsveranstaltung sachlich auf den Grund gehen und hierzu waren die Referenten bereit. Es geht nicht um ein Gegeneinander aber auch nicht um ein undifferenziertes Miteinander und schon gar nicht um ein schöngefärbtes Nebeneinander. Es geht um die klare Formulierung von Integrationszielen, um die Brennpunktgebiete Stück für Stück

in den Griff zu bekommen und es geht um die Stärkung derer, die sich um Integration bemühen.

Es ist absolut nicht hinnehmbar und unerträglich, dass beispielsweise der verlängerte Arm der türkischen Religionsbehörde Diyanet in Gestalt der DITIB oder sogar die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs mit Unterstützung politisch Verantwortlicher uneingeschränkt in Deutschland agieren können, dass Ableger der Milli-Görüs in Berlin Islamunterricht mit dem Ergebnis erteilen, dass sich die Zahl der unter dem islamischen Kopftuch versteckten Mädchen für jeden deutlich spürbar dramatisch erhöht hat, dass Abmeldungen vom Schwimm- oder Sexualkundeunterricht in vielen Vierteln eher die Regel als die Ausnahme geworden sind, während gleichzeitig Mitglieder unserer Partei dem Vorwurf ausgesetzt werden, nicht auf dem Boden der Verfassung bzw. am äußeren Rand zu stehen.

Seit jeher ist die weit überschätzte Politikprofessorin, Frau John damit beschäftigt, dem politischen Islam in Deutschland zur Etablierung zu verhelfen und gleichzeitig Kritikern den Vorwurf des Rassismus zu machen. Mit umgekehrter Logik wirft sie den Kritikern vor, sie „gefährden den gesellschaftlichen Frieden“. Ich empfehle hierzu die [Stellungnahme von Frau Ümmühan Karagözlü](#) auf ihrer Internetseite, die sie erst am 26. Oktober verfasste.

Die Beispiele der überdurchschnittlichen Abiturquoten von hervorragend integrierten Kindern vietnamesischer Einwanderer belegen, dass Integration funktionieren kann und sogar dann, wenn sich kein Ausländer- oder Integrationsbeauftragte des Landes um diese Zuwanderergruppen kümmert. Deshalb muss auch Frau John die Frage beantworten, was ihre mehr als 20-jährige Tätigkeit der Gesellschaft tatsächlich gebracht hat.

Ich bin zutiefst enttäuscht, den mehr als 270 angemeldeten Teilnehmern mitteilen zu müssen, dass die Veranstaltung unserer Fraktion nun nicht stattfinden wird, weil sich die Referenten

entschieden haben, diese wichtige Debatte einer innerparteilichen Auseinandersetzung der CDU nicht zu opfern.

Ich hatte die Hoffnung und die Erwartung, dass Du als Vorsitzender der CDU Berlin und als Vorsitzender der Fraktion deutlich machst, dass die ehemalige und gescheiterte Ausländerbeauftragte nun nicht im Namen der Christlich Demokratischen Union spricht und es mit Blick auf die parallelgesellschaftlichen Problemkiese dringend notwendig ist, eine ungeschönte und ehrliche Debatte über den Zusammenhang von Integrationsdefiziten und dem politischen Gesellschaftsmodell Islam zu führen. Denn tun wir dies nicht, werden wir nicht nur unsere Problemkiese nicht in den Griff bekommen, sondern wir laufen geradezu in eine gesellschaftspolitische Katastrophe, wie wir sie in Paris oder anderswo in Europa erleben mussten und noch immer erleben müssen.

Ich habe mich in den letzten Jahren sehr intensiv mit dieser schwierigen Thematik befasst. Mir war immer klar, dass man sich bei diesem Thema schnell mehr Feinde als Freunde macht. Und ich habe sehr viele schmerzhaft und verletzend Erfahrungen machen müssen, bin beschimpft und bekämpft worden und habe meine Familie in Gefahr gebracht. Aber ich habe auch viele liebenswerte Menschen kennen gelernt, habe Gespräche geführt mit jungen verzweifelten Frauen, die mir erklärten, dass ein Ausbruch aus dem islamischen System einen Bruch mit ihrer gesamten Familie bedeutet und sie deshalb ihre Peinigung weiterhin geduldig ertragen. Aber sie hoffen. Sie hoffen auf die Reaktion der Gesellschaft. Ich bin stolz darauf, dass sie sich mir anvertrauten.

Ich bin mir auch darüber im Klaren, dass ich auf diesem Weg manches anders hätte machen können oder vielleicht sogar müssen. Aber die mangelnde Unterstützung der eigenen Partei, die letztlich auch zum Scheitern dieser wichtigen Veranstaltung geführt hat, zwingt mich nun zu einer Reaktion.

Schweren Herzens ziehe ich deshalb die Konsequenzen und habe mich unumkehrbar entschieden, Dir heute meinen Austritt aus der CDU zu erklären. Gleichzeitig danke ich allen Freunden und Kollegen, die mich stets motiviert und mir Kraft gegeben haben und bitte jeden einzelnen um Verständnis.

Insbesondere danke ich den fleißigen Mitarbeitern unserer Fraktion und bitte Dich, ihnen dies mitzuteilen.

Bitte werft nicht den Mantel des Schweigens über dieses wichtige Thema.

Mit freundlichen Grüßen

René Stadtkewitz

- » WELT: [CDU-Abgeordneter Stadtkewitz tritt aus Fraktion aus](#)
- » Tagesspiegel: [Islamkritiker verlässt die CDU](#)
- » Junge Freiheit: [Stadtkewitz verläßt CDU](#)
- » Berliner Morgenpost: [Politiker Stadtkewitz verlässt auch Berliner CDU](#)

ARD: Sarrazin hat in weiten Teilen Recht



Gestern Abend um 21.45 Uhr fand eine Novität im ersten deutschen Staatsfernsehen statt: Die Sendung FAKT – produziert vom MDR –

machte ihrem Namen alle Ehre und ließ wirkliche Fakten sprechen zu dem, was Sarrazin im Lettre-Interview vor drei Wochen gesagt hatte. Und die geben dem Bundesbank-Vorstand, der „mit seinem Gedankengut Göring, Goebbels und Hitler große Ehre erweist“ (0-Ton Stephan Kramer), eindeutig Recht.

Fakt berichtet:

Dass Sarrazin in weiten Teilen Recht hat, zeigen auch FAKT-Recherchen in Berlin. Im Stadtteil Neukölln etwa leben viele Türken und Araber. Ein Großteil von ihnen kann kein Deutsch und ist auf Transferleistungen vom Staat angewiesen. Von Integration ist wenig zu spüren. FAKT besucht die Hans-Bredow-Hauptschule in Berlin-Wedding. Hier haben mehr als 90 Prozent der Schüler einen Migrationshintergrund. Es sind vor allem Türken und Araber. Sie verständigen sich zwar auf Deutsch, aber auf eine verkappte Art. Schulleiter Hans-Wolf Ebert erklärt, es handele sich um einen Sprachcode mit wenigen Worten. Viel wichtiger seien Gestik und Mimik.

Und genau darin liegt das Problem. Wer die deutsche Sprache nicht beherrscht, hat Schwierigkeiten in der Schule und später auch im Berufsleben. Einer Statistik zufolge schafft jeder dritte türkische Schüler keinen Abschluss. Damit sind die Aufstiegschancen gering.

Ganz anders sieht das bei den Vietnamesen aus. Sie besuchen fünfmal häufiger das Gymnasium als Türken. Vietnamesen sind fleißig und leistungsorientiert, wie Detlef Schmidt-Ihnen, Direktor des Barnim-Gymnasiums in Berlin-Hohenschönhausen aus Erfahrung berichten kann, an dessen Schule 17 Prozent der Schüler Vietnamesen sind. Schmidt-Ihnen ist sicher, dass das am Elternhaus liegt. Dort seien Bildung und Schule positiv besetzt.

Dass Integration und Bewahrung der Tradition sich nicht ausschließen, zeigt das Beispiel der 17-jährigen Hoa Pham. Sie lebt mit ihrer Mutter seit fünf Jahren in Deutschland.

Hoà Pham hat ihre vietnamesischen Wurzeln nicht vergessen, doch in Deutschland ist sie angekommen. Sie geht aufs Gymnasium, und dass, obwohl ihre Mutter nur gebrochen Deutsch spricht und kein gehobenes Einkommen hat. Integration ist also immer auch eine Frage des Willens. Thilo Sarrazin hat mit seiner Migranten-Schelke an Türken und Arabern ein wirkliches Problem benannt. Und wenn man dieses Problem nicht mehr benennen darf, kann es nicht gelöst werden.

Hier das Video zur Sendung (Kategorie: sehenswert!)



WELT-Umfrage getürkt



UPDATE: Die WELT hat die über Nacht getürkte Umfrage im Beitrag „Allah möge Sarrazin mehr Verstand geben“ am Vormittag gelöscht. In allen anderen WELT-Artikeln zum Thema Sarrazin (z.B. [hier](#) und [hier](#)) ist sie aber nach wie vor enthalten.

UPDATE 12.30 Uhr: Inzwischen hat die WELT ihre getürkte Umfrage aus allen Sarrazin-Artikeln entfernt.

Die [Umfrage der WELT zu Sarrazin](#) wurde in der vergangenen Nacht offenkundig manipuliert. (Bild oben: Entwicklung zwischen 21 Uhr und 8 Uhr). Nachdem über den Tag ca. 18.000 Leser abgestimmt und zu 75% den Thesen Sarrazins recht gegeben

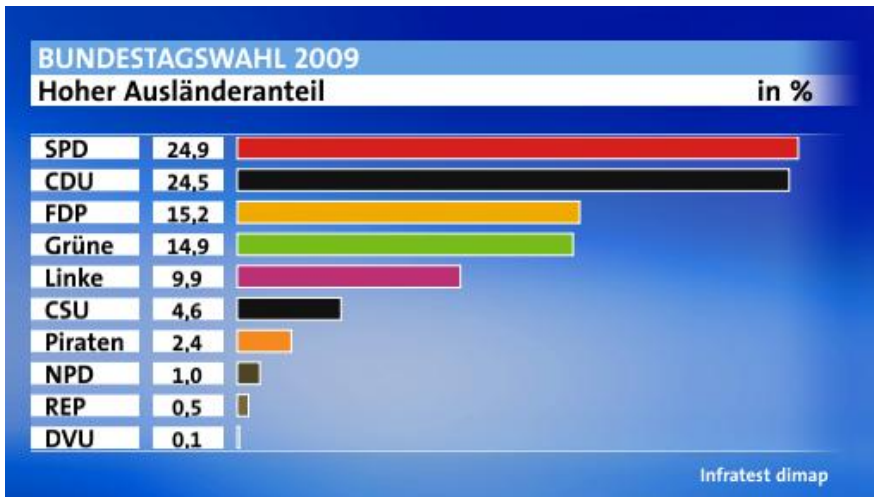
hatten – ein im Vergleich zu anderen Umfragen des Blattes sowohl von der Teilnehmerzahl als auch inhaltlich glaubwürdiges Ergebnis ([PI berichtete](#)) – verdoppelte sich über Nacht die Zahl der abgegebenen Meinungen. Man muss kein Statistiker sein, um den Betrug zu erkennen, wenn über die ganze Nacht kontinuierlich Stimmen eingehen und alle diese Stimmen gerade die Minderheitsmeinung des Tagesergebnisses unterstützen. Der Fall erinnert an eine ähnliche Manipulation im Tagesspiegel. Damals konnte PI nachweisen, dass auf arabischen Internetseiten eine Anleitung gegeben wurde, das Umfrageergebnis im fernen Deutschland [zugunsten der moslemischen Position zu manipulieren](#). Man darf gespannt sein, ob die Qualitätsjournalisten der WELT die Fälschung erkennen und entsprechend reagieren, oder sich wieder einmal von interessierten Kreisen einen Bären aufbinden lassen.

Hier einige Screenshots zum nächtlichen Sinneswandel der „WELT-Leser“ (siehe auch die [Screenshots auf Novesia](#)):



» online@welt.de

Wahl: SPD profitiert von hohem Ausländeranteil



Unter

wahlarchiv.tagesschau.de gibt es eine interessante Statistik zur Wahl – nämlich, wieviel Prozent die jeweiligen Parteien bekommen haben, wenn im Wahlbezirk viele oder wenige Ausländer leben. Das Ergebnis (siehe Grafiken) spricht eine deutliche Sprache.

Je mehr Ausländer, desto mehr Prozente für SPD und vor allem für die Grünen. Kein Wunder also, dass diese Parteien auch weiterhin für eine ungebremste Zuwanderung stehen. Wir wussten es ja schon immer, aber jetzt haben wir es auch schwarz auf weiß.

Grafik 2:



Grafik 3:



(Spürnase: Dirk D.)

„Was sind das für Gesetze?“



Mit der angeblich zurückgegangenen Jugendkriminalität (die Zahlen werden seit Jahren von PI bezweifelt) [befasst sich](#) das Qualitätsmedium die *FAZ* und hier wieder einmal Regina Mönch. Gewaltkriminalität ist nämlich nicht gesunken, sondern innerhalb von zehn Jahren um 40% gestiegen, die Zahl der Körperverletzungen sogar um 60%.

Es hat deshalb nichts mit irrationalen Ängsten zu tun, wenn man sich beim Betreten des öffentlichen Raumes unwohl fühlt, wie uns Gutmenschen vor allem von links und grün gern einzureden versuchen.

Der Bremer Jurist Daniel Heinke hat für seine Dissertation „Tottreten – eine kriminalwissenschaftliche Untersuchung von

Angriffen durch Fußtritte gegen Kopf und Thorax“ auch Statistiken überprüft und erst einmal ein definitorisches Wirrwarr in verschiedenen Disziplinen feststellen müssen. Auch stellte er fest, dass die Summe von Taten der „Gewaltkriminalität“ der polizeilichen Kriminalstatistik die Körperverletzungen nach Paragraph 223 StGB nicht enthält, obwohl sie das quantitativ bedeutendste Delikt der Gewalt gegen Menschen sind. Er fasste die Zahlen zur Gewaltkriminalität (Mord, Vergewaltigung, Erpressung, gefährliche Körperverletzung u. a.) und die vorsätzlichen Körperverletzungen zusammen: Innerhalb von zehn Jahren nahmen sie um vierzig Prozent zu, gesondert für sich, nahmen die Körperverletzungen sogar um über sechzig Prozent zu.

Die angeblich zurückgegangene Jugendkriminalität wiederum berücksichtigt nur angezeigte Fälle, nicht aber den demographischen Faktor. Allein in Berlin ist die Zahl der Schüler in den letzten Jahren um vierzigtausend gesunken – erheblich weniger Jugendliche begehen also noch immer fast genauso viele Straftaten. Opferbefragungen unter Schülern wollen uns zudem weismachen, dass trotz der gestiegenen Zahl registrierter Gewalttaten sich alles zum Besseren wende. Da die Statistik der Opfer aber ausweist, dass diese über alle Altersgruppen verteilt sind, das Dunkelfeld erwachsener Opfer aber nie untersucht wurde, ist jene Vermutung das Papier nicht wert, auf dem sie leider steht. Heinke weist nach, dass der Anteil junger Schläger, fast alle männlich, überdeutlich höher ist als deren Anteil an der Gesamtbevölkerung.

(...)

Heinke's Arbeit an der Universität Bremen aber hat einen ganz anderen Schwerpunkt: die furchtbaren Folgen von Fußtritten gegen den Kopf und den Körper der Opfer. Wenn das Opfer stirbt, ist die Rechtslage noch einigermaßen übersichtlich. Aber die Brutalisierung gerade junger Schläger hat immer häufiger schwerste Folgen, sie macht die Opfer lebenslang schwer krank, sie werden Pflegefälle, sind geistig und/oder körperlich schwer behindert. Doch nehmen viele Gerichte die

Behauptung junger Täter, sie hätten nicht geahnt, was passiert, wenn man auf einem Menschen herumtrampelt, zum Anlass, sie viel milder zu verurteilen, als es die lebensgefährdende Tat verlangt. Sie sind dazu durch höchstrichterliche Urteile angehalten, weil diese die sogenannte „Hemmschwelle“ auch für einen bedingten Tötungsvorsatz sehr hoch legen.

Zu hoch, sagt Heinke, der als Staatsanwalt viele solcher Fälle kannte. Zudem sei diese Theorie überhaupt nicht empirisch untermauert, sondern werde lediglich angenommen. Er hat rechtsmedizinische und psychiatrische Gutachten, die Fachliteratur und viele Fälle ausgewertet. Sein Fazit: Tritte gegen den Kopf, aber in aller Regel auch gegen den Oberkörper sind, wenn sie mit einiger Wucht ausgeführt werden, lebensgefährlich. Ob der Täter dabei schwere Schuhe trägt oder barfuß tritt, ist egal. Das ergaben die Untersuchungen von entsprechenden Verletzungen.

Und Heinke hat, weil die vermeintliche Ahnungslosigkeit mittlerweile als allgemeine Erfahrung gedeutet wird, fast neunhundert Rekruten dazu befragt. Das Ergebnis ist nur verblüffend, wenn man glauben will, dass brutale Schläger wie die Berliner oder Münchner tatsächlich ahnungslos sind. Die Soldaten waren alle erst drei Wochen bei der Bundeswehr, hatten häufiger Abitur als Realschulabschlüsse oder den der Hauptschule. Die Befragung ergab, dass neunzig Prozent der Befragten Fußtritte gegen den Kopf als lebensgefährlich einschätzten, der Rest immerhin als sehr gefährlich. Dass Abiturienten nur geringfügig anders urteilten als geringer Qualifizierte in fast allen Fragen, ist besonders interessant, weil die meisten tatverdächtigen Schläger keine Schulabschlüsse haben oder Hauptschüler waren. Etwa ein Drittel der Befragten erwarteten nach Fußritten gegen den Kopf eines am Boden liegenden Opfers dessen Tod oder lebensbedrohliche Verletzungen. Man darf also voraussetzen, dass die meisten Menschen sich über die Folgen derart

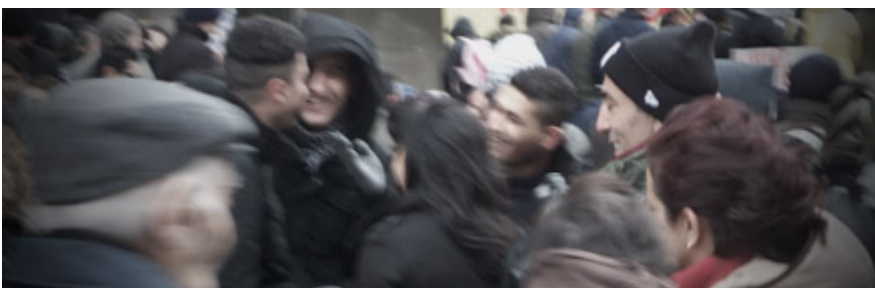
brutaler Misshandlungen im Klaren sind. Wer das tut, so sollte für die Täter gelten, begeht seine Tat vorsätzlich.

Und dennoch gibt es immer wieder Milde, immer wieder Bewährung, werden die Täter immer wieder auf die Menschheit losgelassen. Eine Verhöhnung der Opfer sondergleichen, denen niemand mehr eine zweite Chance geben kann.

Und während Körperverletzungen mal eben aus den Gewaltdelikten herausgelassen wird, wird die „rechte Straftat“ größtmöglich aufgebauscht. Jede Hakenkreuzschmiererei eines Kleinkindes wird hier zum Aufzug des Vierten Reiches und muss mit aller Härte bekämpft werden.

(Danke an alle Spürnasen für den Hinweis auf diesen Artikel)

Entschuldigungen für straffällige Migranten



Die *Stuttgarter Zeitung* veröffentlichte am Sonntag [einen Artikel](#) über Jugendkriminalität mit Migrationshintergrund, die auch in der baden-württembergischen Landeshauptstadt teilweise mit über 80% die Statistiken bereichert. Dabei wird so viel relativiert, dass einem schwindelig wird.

Arm seien sie, keine Bildung hätten sie (ist bestimmt unsere Schuld) und überhaupt gäbe es in den Ballungsräumen eben mehr

Menschen mit Migrationshintergrund. Außerdem könnten gegen bestimmte Gesetze eben nur Ausländer verstoßen, zum Beispiel gegen Aufenthalts- und Asylgesetz. Haha!

Außerdem ist alles nicht so schlimm, denn

Jugendkriminalität ist meistens eine vorübergehende Erscheinung. (...) Selbst bei Mehrfachtätern ist die kriminelle Phase oft nur eine vorübergehende Episode in ihrem Leben, die aufhört, wenn die Jugendlichen feste Partner und eine Arbeitsstelle haben.

Das tröstet sicher die, die mit eingeschlagenen Schädeln und bleibenden Schäden zurückbleiben. Sie waren nur Kollateralschäden auf dem Weg zum Erwachsenwerden. Und außerdem sind sie nur Bagatellen:

Die Delikte Jugendlicher sind meistens spontan und weniger schwer als die Straftaten Erwachsener, meistens begehen Jugendliche ihre Straftaten in Gruppen, etwa Sachbeschädigung oder Körperverletzung.

Opfer eines „Delikts“ eben. Auf einer Stufe mit einer Sachbeschädigung. Schwamm drüber!

(Spürnase: Asma)

Scheidung auf türkisch



In Gelsenkirchen fand heute ein versuchter Ehrenmord statt, der nicht das wie gewohnt übliche Täterprofil aufwies. Nein, lieber Leser, nicht erschrecken, es handelt sich nicht um ein mitteleuropäisches Eifersuchtsdrama. Für die linke Presse ist es natürlich ein ganz normaler Scheidungstermin, der in einer Eskalation ausartete. Für uns, die Statistiken lesen können, steckt mehr dahinter. Zugang zu scharfen Waffen hat die frustrierte deutsche Verfllossene auch eher selten.

Die Bild [berichtet](#):

Um 10 Uhr sollten sich die Eheleute Ali T. (29) und Dilek F. (32) vor Gericht treffen. Doch als der Mann mit seiner neuen Freundin (23) vor dem Gebäude ankam, eskalierte die Situation.

Plötzlich zog die Frau eine Pistole, schoss ihrem Ex-Partner auf dem Bürgersteig zweimal in die Schulter. Das Opfer konnte sich schwer verletzt in eine nahe Imbissbude retten, wurde später ins Krankenhaus gebracht.

Im Vorfeld ein „ganz normaler Scheidungstermin“ bestätigt auch Gerichtsdirektor Jost Kausträter:

Es sei ein „ganz normales Scheidungsverfahren“ gewesen, sagte Kausträter. Es habe keine Anhaltspunkte dafür gegeben, dass es zu solch einem Angriff kommen könnte.

Ja klar, kommt auch bei Mitteleuropäern vor, wissen wir!

Nun ermuntern wir unsere Leser noch dazu mal zu erforschen, wie viele Zeitungen den Namen, also den Migrationshintergrund, in ihren Artikeln mitgeteilt haben.

Der Gang Richtung Eurabien in Zahlen



Der Gang Europas Richtung Eurabien scheint unaufhaltsam zu sein. 2050 sollen bereits 25% der hier lebenden Menschen Moslems sein. Das jedenfalls [schreibt](#) die Russische Agentur für internationale Informationen „RIA Novosti“. Schuld ist die Gebärfreudigkeit der moslemischen Frauen bei gleichzeitiger Abnahme derselben bei weißen Europäerinnen.

Der Anteil der Moslems in der Europäischen Union wird bis zum Jahr 2050 auf ein Fünftel steigen. Das berichten belgische Medien am Dienstag unter Berufung auf britische Bevölkerungsstatistiker.

Die Zunahme der moslemischen Bevölkerung erklären die Spezialisten mit der wachsenden Einwanderung und der

niedrigen Geburtenrate bei den europäischen Stammvölkern. Am schnellsten soll die moselmanische Diaspora der Prognose zufolge in Großbritannien, Spanien und den Niederlanden wachsen. Gegenwärtig leben in der Europäischen Union knapp 500 000 000 Menschen, von denen laut verschiedenen Schätzungen zwischen 15 und 23 Millionen Moslems sind.

Wer nicht glauben will, wohin die Reise geht, dem sei gesagt, dass der Name Mohammed sowie Varianten davon wie Mohamed oder Muhammed wurde in Amsterdam, Rotterdam, Den Haag und Utrecht bereits [der häufigste Name](#) für männliche Babies ist...

(Spürnasen: Dirk W. und Max)



Unruhen in Amsterdam befürchtet



PI wird überall auf der Welt gelesen und geschätzt. Natürlich auch bei unseren westlichen Nachbarn in den Niederlanden. Von dort schickt uns Leser Dutchi – selbst Holländer – die Übersetzung eines Zeitungsinterviews mit einem erfahrenen Polizisten aus Amsterdam.

Hier seine Übersetzung eines [Artikels aus dem Telegraaf](#):

AMSTERDAM – Schon 33 Jahre ist Commisar Ad Smit als Polizist in einer sich änderenden Stadt tätig: Amsterdam.

Früher im Büro Leidseplein, arbeitet er jetzt als Distriktchef in Amsterdam-Oost und Zuid-Oost. Was ihm momentan am meisten auffällt? Autochthone haben die Pöbelei von marokkanischen Jugendlichen so satt, dass sie zum Baseballschläger greifen.

„Autochthone machen sich sorgen über Allochtone“ sagt Comissar Smit in der Tageszeitung De Pers: „Ich finde es nicht richtig, Leute nach dem Äußeren zu beurteilen. In Ost merke ich, dass die Verhältnisse manchmal hart sind. Dass manche Gruppen offen von ‚Scheiss Marokkanern‘ zu mir sprechen. Dann sage ich: Ja Junge das kannst du wohl sagen, aber weißt du wohl, worüber du sprichst?“

Smit hat in Ost etwa 19.000 Marokkaner wohnen. „Wenn die alle ein Delikt pro Jahr begingen, hätte ich nie die Statistiken, die ich jetzt habe. Das ist also Quatsch“, meint der Polizeichef. „Marokkanergruppen fallen nun mal mehr auf“.

Bisher ärgern sich die Autochthonen nur, meint Smit. „In dem Moment, wo die Fäuste fliegen, wenn man gemeinsam organisiert gegen die Marokkaner vorgeht, dann werde ich eingreifen. Wenn ich als Polizeichef weiß, dass eine Gruppe Autochtoner sich organisiert, um die Marokkaner anzugreifen, werde ich eingreifen und werde sie alle verhaften.“

(Gastbeitrag: Dutchi)

Dem Laschet geht ein Lichtlein auf



Die von ihm entscheidend mitgetragene desaströse Zuwanderungspolitik und der nahende Tag der Abrechnung haben dazu geführt, dass der NRW-Integrationsminister Armin Laschet (CDU), ein Meister des Vertuschens und Schönredens, im Jahre 2009 [zu einer bahnbrechenden Erkenntnis](#) gelangt ist: Hochqualifizierte wanderten demnach aus, gering Qualifizierte ein.

Sorgenvoll blickt der nordrhein-westfälische Integrationsminister Armin Laschet (CDU) auf die jüngste Zuwanderungsstatistik.

Danach haben 2008 mehr Menschen die Bundesrepublik verlassen als zugewandert sind. „Zum ersten Mal seit Kriegsende sind wir ein Auswanderungsland“, sagt Laschet.

Bei der wichtigen Frage, wer kommt und wer geht, schneidet Deutschland laut Laschet miserabel ab: „Unsere Zuwanderer haben meist eine geringe Bildung, unsere Auswanderer dagegen sind hoch qualifiziert.“

In Nordrhein-Westfalen seien im ersten Halbjahr 2008 ganze elf hoch qualifizierte Ausländer zugewandert.

Bravo, da kann man nur gratulieren. Andere hatten allerdings diese Erkenntnisse unter den Buh-Rufen solcher Menschen wie Herrn Laschet [schon früher publiziert](#).

Wie kommt es nur, dass wir einfach unfähig sind anzunehmen, Herr Laschet würde jetzt eine andere Einwanderungspolitik verfolgen, sondern dies als reines Wahlkampfgedöns von jemandem einstufen, der dem dummen Wähler suggerieren möchte, dass jetzt alles anders und besser werde, um dann nach der Wahl genauso weiterzumachen wie bisher?

(Spürnase: Nils Sch.)

Hannover simuliert Stärke



Weil Richter in Zeiten von Täterverständnis und Erziehungsgedanken jugendliche Gewalttäter nicht mehr einsperren, sondern sie tolerant auf die Mitmenschen loslassen, geht die Polizei in Hannover einen anderen Weg: Sie sperrt die Gewalttäter (böse Zungen [sprechen von über 90% \(!\)](#) mit Migrationshintergrund) aus der Innenstadt aus und freut sich über weniger eingeschlagene Schädel und eingetretene Gesichter? Nein, mitnichten.

[So schreibt](#) die HAZ:

Die Aufenthaltsverbote der Polizei für Gewalttäter im Bereich

der Innenstadt zeigen Wirkung. Von den 149 Personen, denen seit der Einführung der Strafe vor einem Jahr ein drei-, sechs- oder neunmonatiges Betretungsverbot für den Cityring erteilt wurde, sind 109 nicht wieder durch Gewalttaten aufgefallen.

„Das Konzept ist sehr erfolgreich. Wir werden es auf jeden Fall weiterführen“, sagte Vizepolizeipräsident Rainer Langer.

Und das versteht man unter „Erfolg“:

Auch die Zahl der Straftaten im Bereich der Innenstadt ist seit der Einführung des Konzepts in fast allen Bereichen rückläufig. Die Statistiker der Behörde verzeichneten knapp 19 Prozent weniger Raubdelikte, rund 38 Prozent weniger Sachbeschädigungen und ebenfalls fast 38 Prozent weniger Widerstandsdelikte gegen Polizisten. Nur im Bereich der Körperverletzungen stiegen die Fallzahlen an.

Wir fassen kurz zusammen: Um die Zahl der Gewalttaten zu senken, führt man für Gewalttäter ein City-Verbot ein. Daraufhin steigt die Zahl der Körperverletzungen an. Das ganze Konzept bezeichnet man dann als „sehr erfolgreich“, weshalb man es eifrig fortführt. Denn Krieg bedeutet Frieden, Freiheit ist Sklaverei und Unwissenheit ist Stärke (George Orwell [„1984“](#)).

Am meisten zu schaffen machen der Innenstadt-Polizei junge Männer im Alter zwischen 18 und 21 Jahren mit Migrationshintergrund. „Ihnen mangelt es an Sozialisation, und sie sind bei der Tat in der Regel zugehörnt mit legalen oder illegalen Rauschmitteln“, sagte Olaf Gösmann, der Leiter der Polizeiinspektion Mitte.

Die BILD-Zeitung wartet statt mit „am meisten“ mit Zahlen auf:

„Die Schläger sind in der Regel 18 bis 21 Jahre, zu 95

Prozent männlich, über 90 Prozent haben einen Migrationshintergrund.“

Die Armen sind sicher so mies drauf, weil wir sie ablehnen. Dabei können wir auf keins dieser Talente verzichten. Wir müssen diese Zuwanderung einfach als Chance und Bereicherung erkennen... und das andere – das müssen wir eben aushalten.

(Spürnasen: Anne S. und Lausebengel)

Trotz Beschneidungsgefahr: Kind darf ins Ausland



Das um die Menschenrechte stets äußerst besorgte Heuchel-Deutschland, z. B. wenn es um die Häftlinge in Guantánamo geht, kann erneut auf eine richterliche Entscheidung stolz sein: Obwohl ihr dort die [Verstümmelung ihrer Geschlechtsorgane](#) droht, [gestattet das Oberlandesgericht Karlsruhe](#) einem Elternpaar, seine zehnjährige Tochter zur Großmutter nach Äthiopien zu verbringen.

Der Beschluss des Oberlandesgerichtes spricht nach langem Streit einer deutschen Familie äthiopischen Ursprungs das Recht wieder zu, über den Aufenthaltsort ihrer zehnjährigen Tochter zu bestimmen. Im August sollte das Mädchen in die

äthiopische Hauptstadt Addis Abeba zu ihren Großeltern reisen. Auf Initiative der Organisation „Task Force für effektive Prävention von Genitalverstümmelung“ hatte das Amtsgericht im badischen Bad Säckingen im November 2008 den Eltern das Aufenthaltsbestimmungsrecht entzogen. Ein Großteil der weiblichen Kinder in Äthiopien droht eine Beschneidung, es gibt Statistiken, die sprechen von einer Prozentzahl von rund 90 Prozent der Mädchen, die der Tradition in Sudan, Somalia und eben auch Äthiopien noch immer unterworfen werden. Die meisten Mädchen werden Experten zufolge im Urlaub im Heimatland der Eltern der Prozedur unterzogen.

Die deutschen Richter jedoch verließen sich auf die Beurteilung der Lage durch einen Mitarbeiter der deutschen Botschaft in Addis Abeba. Der fand die Großeltern nett und kultiviert, und sie hätten ihm versprochen, das Kind nicht zu verstümmeln. Sicherheitshalber lehnten die Eltern eine medizinische Untersuchung ihrer Tochter vor und nach der Reise schon mal ab. Einige Menschenrechtsorganisationen sind entsetzt:

Das Statistische Bundesamt und die Nichtregierungsorganisation „Terre des Femmes“ schätzen, dass in Deutschland mehr als 4000 Mädchen die Beschneidung ihrer Genitalien droht – oft auch auf Reisen ins Heimatland. (...) Einem Großteil der weiblichen Kinder in Äthiopien droht eine Beschneidung, es gibt Statistiken, die sprechen von einer Prozentzahl von rund 90 Prozent der Mädchen, die der Tradition in Sudan, Somalia und eben auch Äthiopien noch immer unterworfen werden. Die meisten Mädchen werden Experten zufolge im Urlaub im Heimatland der Eltern der Prozedur unterzogen. (...) Ines Laufer, Gründerin der „Task force“ ist ob des Urteils empört. „Wenn jemand eine Straftat vorhat, kann man nicht davon ausgehen, dass er sie vorher ankündigt“, sagt Laufer und sieht ihren Kampf gegen Beschneidungen einem Rückschlag unterworfen.

Andere, gutmenschlicher geprägte, Organisationen wollen „Ethnien nicht stigmatisieren“ und

bestimmte Familien unter einen Generalverdacht zu stellen, nur weil sie aus einem bestimmten Kulturkreis kommen.

Sie sind sich sicher:

Diese Familie wurde offensichtlich zu Unrecht verdächtigt.

Woher diese weise Erkenntnis bereits im Vorfeld der geplanten Reise kommt, bleibt ihr Geheimnis, ebenso wie die Gerichtsentscheidung:

Das Gericht ist zu dem Entschluss gekommen, dass es keine ausreichenden Anhaltspunkte für eine drohende Verletzung des Kindeswohls vorliegt.

Und falls es doch passiert, who cares? Irren ist menschlich, nicht wahr? Eine Beschneidung mehr oder weniger, darauf kommt es doch nun wirklich nicht an. Und so geht auch die Politik mit dem Thema um:

Vor zwei Wochen nahm der Rechtsausschuss im Bundestag mit den Stimmen der Großen Koalition das Thema „weibliche Genitalverstümmelung“ von der Tagesordnung. Ein Antrag von 91 Abgeordneten aus FDP, Grünen, SPD und Union hatte vorgesehen, die Beschneidung von Mädchen generell als schwere Körperverletzung zu ahnden. Bisher fällt dieser Eingriff unter den Strafbestand der einfachen oder gefährlichen Körperverletzung. Die betroffenen Frauen aus mehrheitlich afrikanischen Herkunftsländern leiden lebenslang unter der Praxis, bei der neben der Klitoris meist auch Teile der Schamlippen abgeschnitten werden.

In 15 Prozent der Fälle wird die Vagina bis auf eine winzige Öffnung zugenäht. Nach Schätzungen des Statistischen

Bundesamtes und der Nichtregierungsorganisation „Terre des Femmes“ droht in Deutschland mehr als 4000 Mädchen, die jünger sind als 15 Jahre, die Beschneidung ihrer Genitalien. Rund 19.400 Frauen in Deutschland seien bereits Opfer dieser Tradition geworden. Die Gesamtzahl der beschnittenen Mädchen liegt nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation weltweit bei 130 Millionen.

Aber wer möchte sich schon über Traditionen bestimmter „Kulturen“ stellen. Schlimme Dinge passieren eben.

(Spürnasen: Aufmerksam, Ben K. und, Chessie)